



---

Stadt Leverkusen  
Der Oberbürgermeister

Nr. 2 vom .18. Februar 2015

---

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen, Fachbereich Oberbürgermeister, Rat und Bezirke, Ansprechpartnerin: Susanne Weber, Tel. 406-8881.

Es wird gebeten, die in dieser Ausgabe als "nö" – nichtöffentlich - bezeichneten Informationen vertraulich zu behandeln. In diesem Zusammenhang wird auf die Verschwiegenheitspflicht der Ratsmitglieder, der bürgerschaftlichen Ausschussmitglieder und der Mitglieder der Bezirksvertretungen gemäß der §§ 43 Abs. 2 und 30 GO NRW hingewiesen.

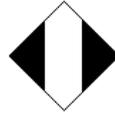
---

## Inhalt

### Mitteilungen (ö)

Etatreden der im Rat der Stadt Leverkusen vertretenen Fraktionen und Gruppen  
zum Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015

27



## **Etatreden der im Rat der Stadt Leverkusen vertretenen Fraktionen und Gruppen zum Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015**

Nachfolgende Etatreden der im Rat der Stadt Leverkusen vertretenen Fraktionen und Gruppen zum Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 anlässlich der Ratssitzung am 09.02.2015 sind als Anlagen 1-9 dieser Ausgabe von z.d.A.: Rat beige-fügt:

1.  
Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion,  
Rh. Thomas Eimermacher
2.  
Rede des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion,  
Rh. Peter Ippolito
3.  
Rede der Fraktionsvorsitzenden der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN,  
Rf. Roswitha Arnold
4.  
Rede des Fraktionsvorsitzenden der Fraktion BÜRGERLISTE,  
Rh. Erhard T. Schoofs
5.  
Rede des Fraktionsvorsitzenden der OP-Fraktion,  
Rh. Markus Pott
6.  
Rede der Vorsitzenden der Gruppe FDP,  
Rf. Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens
7.  
Rede des Vorsitzenden der Gruppe PRO NRW,  
Rh. Markus Beisicht
8.  
Rede der Vorsitzenden der Gruppe DIE LINKE,  
Rf. Nicole Kumpfert
9.  
Rede des Rh. Uwe Bastian für die Gruppe Soziale Gerechtigkeit

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke

### **Anlagen 1-9**

**Thomas Eimermacher, Fraktionsvorsitzender CDU-Fraktion**

**Ratssitzung, 9. Februar 2015**

*Es gilt das gesprochene Wort*

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

das hier ist meine Haushaltsrede, kein Fake, die Seiten sind beschrieben, aber die lege ich jetzt mal weg.

Denn das eigentlich Wesentliche, was ich zu sagen habe, ist: Die CDU-Fraktion stimmt diesem Haushalt und dem HSP nicht nur zu, sie tut das auch aus Überzeugung und in dem Wissen, dass es zu dem Vorgehen keine Alternative gibt.

Trotz der dramatischen Entwicklungen bei der Gewerbesteuer, die hier niemand zu verantworten hat, ist es gelungen, den Haushaltsausgleich in 2018/2021 hinzukriegen. Das wichtige Ziel Haushaltskonsolidierung ist gewährleistet.

Und, ein wesentliches Anliegen der CDU-Fraktion ist, wir tun dies ohne die Stadt kaputtzusparen. Denn was nutzt uns ein ausgeglichener Haushalt, wenn die Stadt anschließend tot ist.

Ganz im Gegenteil: Dieser Haushalt kürzt nicht bei Kindern und Jugendlichen, die Schullandschaft bleibt nicht nur vielfältig, sie wird durch die Sekundarschule noch vielfältiger, er setzt Akzente für die weitere wirtschaftliche Entwicklung dieser Stadt, ermöglicht Kultur und Sport und – er enthält alle Investitionen in den Stadtteilen, die wir auch für erforderlich halten für die Zukunftsfähigkeit dieser Stadt.

Unser Dank gilt Ihnen, Herr Oberbürgermeister, denn Sie haben Wort gehalten als Sie angetreten sind mit dem Ziel, die Haushaltskonsolidierung zu erreichen, der Stadt aber gleichzeitig neue Impulse zu geben.

Und Ihnen, Herr Stein, Herr Geiser und allen Kolleginnen und Kollegen der gesamten Stadtverwaltung Leverkusen bleibt Dank zu sagen für diese hervorragende Arbeit unter schwierigsten Bedingungen – und das auch noch gleich zweimal hintereinander, ich beneide sie da wahrlich nicht.

Wir bleiben auf Kurs, vielen Dank.

## **Haushalt 2015 / Fortschreibung Haushaltssanierungsplan 2012 – 2021**

### **Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Ippolito vor dem Rat der Stadt Leverkusen am 09.02.2015**

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

#### **Sperrfrist: Ende der Rede im Rat**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Rat soll heute über den städtischen Haushalt 2015 und den  
Haushaltssanierungsplan bis 2021 entscheiden.

Nach letztem Stand der Dinge ist der Haushalt 2015 mit einem Defizit von fast 73  
Millionen € geplant - das entspricht ziemlich genau 200.000 € pro Tag.

Ich wiederhole drei Sätze aus meiner letztjährigen Haushaltsrede: „Der Weg, die  
städtischen Finanzen zu sanieren, ist noch ein weiter. Erste kleine Schritte sind  
getan. Wer allerdings heute schon glauben machen will, das Meiste sei bereits  
geschafft, der irrt.“ Ich füge hinzu, der Haushalt 2015 ist sogar ein großer Schritt  
rückwärts.

Vor genau einem Jahr sollte der Fehlbetrag für 2015 nur gut 41 Millionen € betragen  
– jetzt fällt er fast 32 Millionen € höher aus. Dem Rat ist außerdem bereits  
angekündigt, dass das abgelaufene Haushaltsjahr 2014 deutlich schlechter gelaufen  
ist als geplant. Statt 32 Millionen € Jahresdefizit müssen wir uns wohl auf bis zu 60  
Millionen € einstellen. Und für die Jahre 2016 und 2017 werden nunmehr weitere  
Defizite von über 69 Millionen € prognostiziert. Vor einem Jahr, hier an gleicher Stelle  
bei der Verabschiedung des Haushalts 2014, sollten es für 2016 und 2017 kaum 36  
Millionen € Defizit sein. Alles in allem also eine deutliche Verschlechterung der  
finanziellen Situation unserer Stadt.

Geblichen ist alleine die Absicht, ab dem Jahr 2018 den Haushaltsausgleich zu  
schaffen. So steht es zumindest auf dem geduldigen Papier.

Es bedarf schon größerer Fantasie, um diese Entwicklung so zu bezeichnen, wie Sie,  
Herr Oberbürgermeister, dies zu Beginn ihrer Haushaltsrede getan haben: „Auf  
diesem Weg zum ausgeglichenen Haushalt sind wir bereits ein sehr gutes Stück  
vorgekommen“. Nein, Herr Oberbürgermeister dieser Etatentwurf ist ein großer  
Schritt rückwärts:

Der Fehlbetrag für 2015 steigt um rund 32 Millionen €. Die finanzielle Entwicklung der  
Jahre 2015 bis 2017 haben Sie quasi aufgegeben und konzentrieren alle  
Anstrengungen auf das Jahr 2018. Die Grundsteuererhöhung zum Zwecke der  
Restfinanzierung der Schulsozialarbeit, wirkt zwar fiskalisch kaum, zeigt aber die  
Hilflosigkeit der Stadt Leverkusen. Der Haushaltsausgleich 2018 gelingt vor allen  
Dingen mit Hilfe der Menschen aus Leverkusen und aus den Mitteln des Landes  
Nordrhein Westfalen.

Den Hebesatz für die Grundsteuer wollen Sie 2018 um mindestens 220 Punkte, wenn es schlecht läuft sogar um 400 Punkte erhöhen. Das bedeutet im günstigsten Fall 37 % und im ungünstigsten Fall über 67 % höhere Grundsteuern. Unsere Bürgerinnen und Bürger stemmen also den größten Einzelposten der Haushaltssanierung.

Den zweitgrößten Beitrag zur Leverkusener Haushaltssanierung liefert das Land Nordrhein-Westfalen. Mit über 73 Millionen € macht er mehr als 30 Prozent aus. In Ihrer Etatrede haben Sie mehrfach dargelegt, welche schlechte finanzielle Situation Sie bei Ihrem Amtsantritt 2009 vorgefunden haben – Sie haben nur vergessen, den Grund dafür zu erwähnen. Die damalige CDU-geführte Landesregierung hat keine Notwendigkeit gesehen, den Städten zu helfen. Die heutige Landesregierung hat einen Stärkungspakt Stadtfinanzen geschnürt und stellt dafür fast 6 Milliarden € zur Verfügung. Noch nie hat es in Nordrhein Westfalen so viel Geld für die Kommunen vom Land gegeben.

Leider sucht man einen Dank an die Hand, die uns nicht nur an dieser Stelle so gut füttert, in Ihrer Haushaltsrede vergeblich. Im Gegenteil, der Oberbürgermeister ergeht sich in völlig überflüssigen Scharmützeln mit einzelnen Landesministerien.

Dieser Haushalt zeigt einmal mehr, wie eng die Grenzen sind, in denen wir uns bewegen können. Unsere Spielräume für kommunale Entscheidungen sind geringer als je zuvor, umso wichtiger ist es daher das alle relevanten Akteure in Stadt, Land und Bund ein gemeinsames Ziel verfolgen.

Der Blick auf die Finanzlage der Städte und Gemeinden zeigt ein zwiespältiges Bild. Es gibt Kommunen, die ihre Finanzsituation zuletzt sogar verbessern konnten. Vielen Städten ist und bleibt es jedoch unmöglich, ihren Haushalt aus eigener Kraft auszugleichen.

Die mangelhafte Finanzausstattung der Städte und Gemeinden, stetig und deutliche wachsende Sozialtransferleistungen, Schlupflöcher in der Steuergesetzgebung und spezifische Problemlagen wie Strukturwandel oder Demografie können Leverkusen allerdings nicht zur Last gelegt werden.

Ein Blick auf statistische Daten in Leverkusen gibt deutliche Hinweise: Seit 2002 hat sich die Einwohnerzahl kaum verändert. Die Zahl der Menschen über 65 Jahre ist hingegen um 5.000 gewachsen, während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um über 5.000 gesunken ist. Gleichzeitig hat Leverkusen 2002 mehr Gewerbesteuer eingenommen als 2014, seitdem aber über 150 Millionen € in den Fonds Deutsche Einheit eingezahlt.

Während wir wie viele andere Städte von der Hand in den Mund leben, wird in Berlin die schwarze Null gefeiert. Sie gelingt auch deshalb, weil der Bund Aufgaben seit Jahren einfach nicht mehr wahrnimmt – Beispiel Schulsozialarbeit – oder versprochene Entlastungen – Stichwort Eingliederungshilfe – auf die nächste Wahlperiode geschoben werden.

Zurück zum Haushalt 2015 für Leverkusen

Ich zitiere die Haushaltsgenehmigung 2014 durch die Bezirksregierung zum Thema Beteiligungen: „Die Konsolidierung des städtischen Haushalts muss weiterhin alle Beteiligungen der Stadt einbeziehen.“

Vor diesem Hintergrund muss schon die Frage zu Ihrem Vorschlag erlaubt sein, Herr Oberbürgermeister, warum die WGL für den Bau eines Bahnhofsgebäude den Rialto-Boulevard an die Deutsche Bahn verpachten und dabei auf jährlich rund 100.000 € Mieteinnahmen verzichten soll? Und warum wir unmittelbar neben den Gleisen neue, aufgrund des Standortes sicher teure Verwaltungsarbeitsplätze schaffen sollen?

Meines Wissens haben wir kein Unterbringungsproblem bei der Stadtverwaltung. Und das sicher wünschenswerte Bahnhofsgebäude finanziert die Stadt unter solchen Bedingungen selbst, nicht aber der vermeintliche Investor.

Verwaltung neu am Bahnhof Mitte, Verwaltung neu auf dem Bahnstadtgelände in Opladen, zugesagte Option für einen neuen Verwaltungsstandort im Ganser-Karree– auf unsere Frage, welche günstig angemieteten oder eigenen Standorte Sie aufgeben wollen, oder wo die Mitarbeiter dafür alle herkommen sollen, bleiben Sie bisher eine Antwort schuldig.

Und warum sollen wir überhaupt an dieser strategisch wichtigen Stelle des Stadteingangs unmittelbar neben der City C unseren Einfluss weggeben? Mit der Wohnungsbaugesellschaft Leverkusen GmbH (WGL) verfügen wir doch über eine städtische Tochtergesellschaft, die gerade in Rheindorf-Süd wieder einmal unter Beweis stellt, dass sie mehr ist als ein kommunales Wohnungsunternehmen, dass sie auch etwas von Gewerbeimmobilien versteht und bereit ist, an einer guten Stadtentwicklung mitzuwirken.

Ohne Not werden in der Stadtverwaltung Ämter geteilt. In aller Öffentlichkeit und unter Bloßstellung Betroffener wird der Fachbereich Stadtplanung und Bauaufsicht in zwei Fachbereiche aufgespalten. Das bedeutet schlicht und einfach: Aus einer Amtsleitung werden zwei und aus einem Sekretariat werden zwei mit der Folge dauerhafter Personalkosten in sechsstelliger Höhe.

Für diese zusätzlichen Aufwendungen gäbe es bestimmt bessere Zwecke.

Mit Ausnahme der gerade durch die WGL neu gebauten Kindertageseinrichtungen befinden sich die städtischen Kitas und teilweise auch unsere Schulgebäude nämlich nicht in einem guten Unterhaltungszustand; erforderliche Sanierungen sind unterblieben, nur das Notwendigste ist gemacht. Gleichwohl müssen – das hat der Bund der Steuerzahler im August 2014 ermittelt – die Eltern Leverkusener U3-Kinder schon bei einem Verdienst von 78.000 € so viel Beitrag zahlen wie in anderen Städten Eltern, deren Jahreseinkommen deutlich über 100.000 € liegt. Das klingt wenig familienfreundlich.

Für die SPD-Fraktion ist die Schaffung von Wohnraum eine Kernaufgabe des politischen Handels. Wir unterstützen Bebauungspläne, die entsprechende private Investitionen auslösen. Keine private Investition in Wohnungsbau verhindert eine öffentliche Investition für bezahlbaren Wohnraum.

Noch wird aber zu wenig in Leverkusen dafür getan, bezahlbaren Wohnraum und ein attraktives Wohnumfeld in sozial stabilen Stadtvierteln zu schaffen. Die SPD-Fraktion hält die Westseite der neuen Bahnstadt und einen Teil des Geländes Auermühle für sehr gut geeignet, solche Pläne zu realisieren und setzt dabei auf das kommunale Wohnungsbauunternehmen WGL und den Bauverein Opladen. Jeder andere Investor, der sich ebenfalls für preiswerten Wohnraum engagieren will, ist bei uns herzlich willkommen.

Vor viereinhalb Jahren hat der Rat die Neuaufstellung des Landschaftsplanes beschlossen. Zwei Jahre später wurde die Öffentlichkeit beteiligt, eine Bürgerversammlung fand im Forum statt und die Pläne lagen aus. Seitdem ist das Thema Tabu. Natur- und Erholungsräume bewahren und schaffen ist ein wichtiger Baustein städtischer Lebensqualität – und für viele Menschen ein wichtiges Entscheidungskriterium, nach Leverkusen zu ziehen oder in Leverkusen zu bleiben. Die SPD will, dass es in diesem wichtigen Thema endlich voran geht

Die Auswirkungen der nicht mehr leistungsfähigen überregionalen Verkehrsinfrastruktur sind schon jetzt in der Stadt spürbar. Viele Autofahrer vermeiden den inzwischen alltäglichen Rückstau, indem sie verstärkt durch unsere Stadt schleichen. Aber auch die Entwicklung der innerstädtischen Verkehre hat sich stark verändert. Wir, die SPD fordern daher seit langem ein „Gesamtkonzept“ Verkehr für Leverkusen.

Daher ist es auch nicht klug, genau in dieser Zeit auch noch Kosmetik an der unabänderlichen Tieflage der B8 in Küppersteg betreiben zu wollen und damit parallel noch zusätzliche Verkehrsbeeinträchtigungen zu erzeugen. Herr Oberbürgermeister, wir brauchen gesamtstädtische Konzepte und keine vordergründigen Wahlkampfversprechen.

Für eine Stadt, die für sich als Wirtschaftsstandort mit ihrer Infrastruktur wirbt und damit, exzellent verbunden zu sein. Für eine Stadt, die ein breites Firmenspektrum vom Weltmarktunternehmen über kreative Mittelständler bis zu innovativen Existenzgründern beherbergt. Und für eine Stadt, in die jeden Tag über 30.000 Menschen ein- und auspendeln gilt:

Infrastruktur, Wohnungsbau, soziale Stadt und damit Stadtentwicklung für Leverkusen sind die Prioritäten der nächsten Jahre. Dafür steht die SPD-Fraktion uneingeschränkt.

Meine Damen und Herren, es gibt für Leverkusen zur Haushaltssanierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen keine wirkliche Alternative – jedenfalls solange die Finanzbeziehungen der staatlichen Ebenen nicht neu geordnet sind. Daher findet der Haushaltssanierungsplan unsere Zustimmung, der Haushalt 2015 dagegen aus oben dargelegten Gründen nicht. Die SPD-Fraktion wird sich daher beim vorgelegten Beschlussentwurf enthalten.

Lassen sie mich abschließend allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Danke für ihre unter schwierigen Rahmenbedingungen geleistete Arbeit sagen. Besonderer Dank gilt Herrn Stadtkämmerer Stein und seinem Team, die dieses Zahlenwerk für 2015 sogar zweimal zusammengestellt haben

Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN  
Vorsitzende

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
Kolleginnen und Kollegen,

ja, der Haushalt für das Jahr 2015 ist  
„auf Kante genäht“ –

aber wir werden erneut unser Ziel erreichen, die Genehmigung der Aufsichtsbehörde zu erhalten.

Zu verdanken ist dies in allererster Linie dem Oberbürgermeister und Herrn Stadtkämmerer Stein, die es mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in kürzester Zeit geschafft haben, mit einem erforderlich gewordenen neuen Haushaltsentwurf Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer in zweistelliger Millionenhöhe auszugleichen.

Leider war dies kein einmaliger Vorgang, und die Umstände verdienen ein nochmaliges Schlaglicht:

Da kauft ein großes Leverkusener Unternehmen eine Firma auf – eine interne unternehmerische Entscheidung - , stellt Verluste in die Bücher und kann in der Folge legal und ohne zeitliche Verzögerung dies nicht nur auf laufende Steuerverpflichtungen anrechnen lassen sondern auch noch die Rückzahlung bereits gezahlter Gewerbesteuern verlangen.

Wohl gemerkt, das ist nicht gesetzeswidrig – hier stimmt nur etwas nicht mit dem System!

Die Vergeblichkeitsfalle in den kommunalen Haushalten hat auch eine bundespolitische Variante: Während die Kommunen ihre Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger immer mehr reduzieren, ja aufgeben müssen, setzt die Bundesregierung in ihrem Haushalt auf eine „schwarze Null“ ...

Die Durststrecke ist noch nicht vorbei, wir werden auch in den kommenden Jahren alle Kräfte aufbringen müssen, im Jahr 2020 den eigenständigen Haushaltsausgleich zu schaffen.

Aber Sie, Herr Oberbürgermeister, können sich auch weiterhin darauf verlassen, dass wir Grüne diesen Weg mit ebnen wollen, damit wir politischen Handlungsspielraum gewinnen und für zukünftige Generationen sichern – deshalb ist für uns eine nachhaltige Haushaltspolitik eine der zentralen politischen Forderungen.

Wir wollen und unterstützen eine Haushaltspolitik, die nicht dem sozialen und kulturellen Kahlschlag das Wort gibt, sondern Gestaltungsräume schafft.

So ist es uns trotz schwieriger Rahmenbedingungen in den vergangenen Jahren gelungen, zukunftsweisende Projekte zu realisieren. Hierzu gehört natürlich die Neue Bahnstadt Opladen und das STEK Opladen – wir können wirklich stolz darauf sein, dieses Stück Stadtentwicklung gegen alle Widerstände realisiert zu haben.

Mit dem Integrierten Handlungskonzept für Hitdorf stellen wir einen weiteren Stadtteil für die Zukunft auf: Städtebauliche und verkehrliche Maßnahmen sowie eine Verknüpfung von sozialen und kulturellen Angeboten werden diesen Stadtteil weiter attraktivieren und einen guten Beitrag zu einer Profilierung der gesamten Stadt beitragen.

Wir möchten diese Chancen auch für weitere Stadtteile wie z.B. Manfort und Alkenrath nutzen.

Weltweit müssen Männer, Frauen und Kinder aus ihrer Heimat flüchten, weil sie Gewalt hilflos ausgesetzt und mit dem Tod bedroht sind - oftmals haben sie nur noch das, was sie auf dem Leib tragen, wenn sie zu uns kommen.

Ich freue mich, dass wir die Menschen, die zu uns nach Leverkusen kommen, mit Herzlichkeit aufnehmen und unsere Fähigkeit unter Beweis stellen, mitzufühlen und solidarisch zu helfen. Humanität zeigt sich nicht nur in dem sozialen Engagement von Stadt, Caritas, Diakonie oder Flüchtlingsrat, jede und jeder Einzelne von uns stellt sich unserer Verantwortung.

Als Vorsitzende des Kulturausschusses ist mir ein vielfältiges Kulturangebot in unserer Stadt ein Herzensanliegen. Ich wünsche mir, dass Kinder und Jugendliche erfahren, wie sehr das Musizieren, das Bücherlesen, Malen, Tanzen oder auch das Bühnenschauspiel stark macht fürs Leben auf der Basis von Kommunikation, Akzeptanz, Vertrauen und respektvollem Umgang miteinander.

Ich wünsche mir, dass uns auch zukünftig Theaterstücke und Musikangebote im Leverkusener Forum aus dem Alltag entführen oder uns eine neue Perspektive auf gesellschaftliche Entwicklungen geben, die VHS Freude an Bildung vermittelt.

Respekt und ganz besondere Anerkennung will ich an dieser Stelle dem Direktor des Museums Morsbroich zollen: Seinen Worten zur Ausstellungspolitik des Museums und insbesondere zu der Schnapsidee, öffentlichen Kunstbesitz zu verkaufen ist nichts hinzuzufügen. Mit dem Museum Morsbroich haben wir ein ganz besonderes Juwel, das von Herrn Dr. Heintelmann und seinem gesamten Team immer wieder in herausragender Weise in Szene gesetzt wird. Es macht solchen Spaß, den Ausführungen dieser tollen Ausstellungsmacher zu folgen, und ich lege Ihnen eine Entdeckungsreise in die zeitgenössische Kunst sehr ans Herz!

Eine der Herkulesaufgaben für die kommenden Jahre ist zweifelsohne der Neubau der Rheinbrücke, der Autobahnen rund um Leverkusen und die für unsere Stadt hieraus resultierenden Folgen einer vermehrten Verkehrsbelastung. Grüne, CDU und Opladen plus haben Sorge dafür getragen, dass nunmehr die Planungsmittel für ein umfassendes Mobilitätskonzept zur Verfügung stehen.

Ein Vorhaben wird in diesem Jahr in die heiße Phase gehen: wir wollen den Tunnel statt Stelze und damit Küppersteg wieder zu einem einheitlichen Stadtteil machen. Bisher bin ich davon ausgegangen, dass wir ungeachtet politischer Meinungsverschiedenheiten und anstehender Wahlen hierfür gemeinsam eintreten können.

Nach der Pressekonferenz und der Performance des NRW- Bauministers, dem man nochmals den Unterschied zwischen Amt und sozialdemokratischem Mandat erklären sollte, habe ich einige Zweifel bekommen.

Noch einmal zur Klarheit: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, wir schätzen Ihr hohes persönliches Engagement für die Belange unserer Stadt sehr und werden uns weiterhin für die Umsetzung des Tunnels in den Gremien des grünen Regierungspartners im Land stark machen.

Wir lassen uns durch Spielchen nicht aus dem Konzept bringen und werden gemeinsam mit den Leverkusenerinnen und Leverkusenern für die bessere Lösung kämpfen!

In diesem Sinne danke ich namens unserer Fraktion und persönlich Ihnen, Herrn Oberbürgermeister Buchhorn, Frau Beigeordnete Deppe und den Herren Beigeordneten Stein, Märten und Adomat. Bitte übermitteln Sie unseren Dank für die geleistete Arbeit auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung.

Und zum Schluss wünsche ich Ihnen und uns ein gutes und friedliches Jahr 2015.

Bürger für Bürger  
**BÜRGERLISTE Leverkusen e.V.**  
überparteilich - tolerant

Fraktion

---

BÜRGERLISTE 51379 Leverkusen, Kölner Straße 34  
fraktion.buergerliste@versanet-online.de

Tel. 0214 / 406-8730 Fax 406-8731  
<http://www.buergerliste.de>

## Haushaltsrede 2015

=====

Der Haushalt der Stadt Leverkusen ist nicht nur nach unserer Meinung im Ansatz eine Insolvenzverschleppung, denn u. a. das trotzige Vorweisen des immer mehr schwindenden Eigenkapitals und das verschämte Eingestehen eines immer höherer Dispos - im Moment ca. 250 Millionen dauerhafte Kassenkredite - zeigen an, dass der Haushalt der Stadt Leverkusen mehr als todkrank ist.

Zumal neben „normalen“ Millionenschulden auch noch verdeckte Schulden im Bereich der PPP-Lösungen - Schulen Bismarckstraße und demnächst Feuerwehr - vorhanden sind/vorhanden sein werden.

Noch zwielichtiger werden die Haushaltsberechnungen, wenn man weiß, dass ein erheblicher Teil des noch vorhandenen Eigenkapitals aus nicht verkäuflichen Schulen, Kindergärten, etc. besteht, und zudem dieses zweifelhafte „Eigenkapital“ stetig massiv dahin-

schwindet, weil die Stadt Jahr für Jahr hohe zweistellige Millionenbeträge mehr ausgibt als sie einnimmt.

Auch auf dem Hintergrund, dass die Ausgaben für Sozialleistungen munter weiter steigen, ist hier unseres Erachtens kein Silberstreif zur Konsolidierung in Sicht.

Wenn dann dieser Haushalt auch noch aus recht unsicheren und keinesfalls dauerhaften „Einkünften“ gestützt wird - Millionen durch Knöllchen auf der Autobahnbrücke und Millionen durch die vorgesehene Errichtung eines Flüchtlingsdurchgangslagers - sieht man die ganze finanzielle Katastrophe unserer Stadt.

Hier von Konsolidierung zu sprechen, entspricht einfach nicht der Wirklichkeit, und es wird deutlich, dass unsere Stadt nur aus eigener Kraft wohl keinesfalls zu solider und verlässlicher Finanzplanung kommen kann.

Es bestehen zwar noch einige Einsparmöglichkeiten im Haushalt unserer Stadt, dem stehen aber gleichermaßen Aufgaben gegenüber,

die dringend zu erledigen sind, aber im Moment nicht finanziert werden: im konsumtiven Bereich liegt zum Beispiel die Kinder- und Jugendarbeit völlig im Argen, im investiven Bereich zum Beispiel die ganze CITY in Wiesdorf.

Eine nachhaltige Konsolidierung der Leverkusener Finanzen kann inzwischen unseres Erachtens nur noch dann erfolgen, wenn Bund und Land NRW die Aufteilung der Steuereinnahmen bzw. die Wahrnehmung einiger Aufgaben völlig neu gestalten sowie das Konnexitätsprinzip strikt zur Grundlage ihrer Gesetzgebung machen.

Hierzu fehlt aber bisher augenscheinlich die Bereitschaft im Bund und im Land NRW!

Während gleichermaßen die politisch Verantwortlichen in unserer Stadt eine wesentliche grundlegende Aufgabe völlig vernachlässigen, und damit für das Finanzdesaster Leverkusens eindeutig ebenfalls verantwortlich sind.

So lassen weder Herr Lauterbach, MdB und Frau Lux, MdL - beide SPD - noch Herr Nowak, MdB - CDU - erkennen, dass sie sich - zum

Beispiel - aktiv für eine gerechtere Verteilung der Steuereinnahmen einsetzen.

Gleichermaßen weisen auch die örtlichen Parteitage der Altparteien keinerlei Aktivitäten aus, die hier zumindest im Ansatz erkennen ließen - z.B. über Anträge zu Landes- und Bundesparteitagen - dass hier etwas unternommen wird.

Stattdessen erweckt man - Frau Lux und die Herren Lauterbach und Nowak sowie die anderen örtlichen Parteigranden - den Eindruck, man - die eigenen Parteien - hätte mit diesen Problemen nichts bis wenig zu tun. Obwohl sowohl im Land NRW - GRÜNE/SPD - als auch im Bund - SPD/CDU - die Parteien der in Leverkusen politisch Verantwortlichen klare Mehrheiten haben und hier jederzeit entsprechende und dringend notwendige Gesetzesänderungen beschließen könnten.

Bisher hat diese Untätigkeit - oder sollte man sagen: unehrliche Doppelstrategie - bei den Wahlen keine Rolle gespielt, da die enttäuschten Wähler einfach nicht mehr zur Wahl gehen oder ihre Stimmen - weitgehend aus Ärger und Frust - Splitterparteien geben.

Es wird Zeit, dass der Bürger und Wähler dieses Doppelspiel erkennt und hier anders handelt.

Ein verstärktes Umdenken der Altparteien in Bund, Ländern und Gemeinden kann die BÜRGERLISTE hier leider nicht erkennen.

## Fraktion

Opladen plus • Fraktion • Bahnhofstraße 12 • 51379 Opladen

Bahnhofstraße 12  
51379 Opladen

02171 44007  
info@opladen-plus.de  
www.opladen-plus.de

Opladen, den 9. 2. 2015

Rat 9. 2. 2015, Redebeitrag zur Haushaltsdebatte,  
es gilt das gesprochene Wort, **Sperrfrist 9. 2. 2015, Ende der Haushaltsdebatte**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die Fraktion Opladen plus stimmt dem vorliegenden Haushaltsentwurf zu. Hinter dem Haushaltsentwurf verbirgt sich der feste Wille nicht aufzugeben, den Eigenkapitalverzehr der Stadt aufzuhalten und langfristig sogar umzukehren. Diesen Vorsatz teilen wir. Unsere Stadt muss handlungsfähig und selbstbestimmt bleiben.

Stadtentwicklung ist trotz knapper Mittel wie wir sehen möglich. Zwar kompliziert, es muss Hilfe von Dritten eingeworben werden, aber der Bahnstadtentwicklungsprozess zeigt, wie an der Zukunft gearbeitet werden kann, ohne dazu nur volle Konten zu haben. Die Rendite dieses städtebaulichen Jahrhundertwerkes werden unsere Kinder einmal ernten dürfen. Dazu kommt noch der Selbstfindungswert dieses Projektes. Leverkusen baut sich ein Stück Zukunft.

Für die Bahnstadt, ein Leitstern für Leverkusen, sind eigentlich nur verhältnismäßig kleine Haushaltsposten nötig. Und die sind ebenso im Haushalt enthalten, wie auch ein Budget für die Entwicklung der wirklich unglücklichen B8-Situation in Küppersteg.

So macht der Haushalt trotz allem Mut und hat auch Sinn. Wir danken der Finanzverwaltung und Ihnen, Herr Oberbürgermeister Buchhorn, für das Konzept sowie Ihren konstanten und für Sie sprechenden Durchhaltewillen!

Kurz einmal zu uns, der frechen Oppositionspartei der vergangenen 5 Jahre. Wir sind im letzten Wahlkampf angetreten um mit zu gestalten und mitzuwirken. Eine Daueroppositionsrolle ist nicht unser Ding, konstruktiv sein und gestalten ja.

So sind wir auf das Gesprächsangebot von CDU und den Grünen eingegangen und haben über Sachthemen, es waren natürlich unsere „Herzensangelegenheiten“ dabei, eine zufrieden stellende Einigung erzielt. Seither gibt es dieses „bürgerliche Kernbündnis“. Eine uncoole Bezeichnung, die allerdings sachlich wirklich zutrifft. Die Bündniszusammenarbeit ist unspektakulär – respektvoll, höflich und vor allem konstruktiv. So wie es ist, ist es gut und soll, wenn es nach uns geht, bis 2020 so bleiben.

Das was für die Zusammenarbeit mit der CDU und den Grünen im Allgemeinen gilt, gilt auch für die Zusammenarbeit mit Ihnen Herr Oberbürgermeister Buchhorn.

Die Bahnstadtentwicklung, ich denke jetzt hier schon konkret an die Westseite mit einem besonderen Entree am Bahnhof, dem Turmhaus am Kopf der Bahnhofsbrücke, ist allerfeinstes Kino für Opladen. Sie stehen diesen Planungen vor, Sie gehen da kraftvoll voran.

Ihr Haushaltskonsolidierungswille hatte uns bereits in der Opposition unsere Zustimmung. Dies ist im jetzigen Fall wieder gegeben. So wie es ist, ist es gut. Wir wollen die Zusammenarbeit mit Ihnen fortführen, sehr gerne über den September hinaus!

Es ist schwierig. Jemand, der nicht täglich Zeitung liest und nicht jeden Schritt mitbekommen hat, reibt sich die Augen, gerade noch Opposition, jetzt „so friedlich“. Nein, unsere Sache geben wir nicht auf! 30.000 freche Flyer haben wir gerade noch verteilt. Fordernd, mahnend, natürlich auch hoffnungsvoll, haben wir unseren Gedenktag ,40 Jahre Opladen und Leverkusen, aufgegriffen. Aber wenn man ordentlich eingeladen wird um mitzumachen, das Miteinander gut gelebt wird, einem zugehört und auf Augenhöhe verhandelt wird, dann darf man sich nicht verweigern.

Konstruktiv sein ist mein Stichwort. Jede meiner Haushaltsreden enthält einen Beitrag über den Wahnsinn aus Rheindorf. Das Wesen von Herrn Schoofs, es hat tragische Züge. Was er hier treibt ist schlimm und traurig zugleich: ein politisches Lebenswerk für die Tonne. Ein kritischer Geist,

mit teilweise guten Ideen, der unterm Strich leider aber viel mehr schadet als hilft.

Auch schlimm, das populistische Geschacher der SPD, z. B. um die Schulsozialarbeiterfinanzierung. Wer sie nicht gefährden wollte, konnte nicht anderes tun als in der Not die Grundsteuer zu erhöhen. Das war uns auch kein Vergnügen. Sie haben sich hier feige und populistisch davor gedrückt, dann einen halbseidenen Finanzierungsvorschlag in den Raum gestellt, um dessen Rückzug Sie der eigene Stadtkämmerer gebeten hatte.

Oder die Sache mit dem Rialto Boulevard. Ein Gebäude-eigentümer muss unter Einhaltung seiner Verträge strategisch denken können. Die Gesamtüberlegung, die City wieder auf die Beine zu stellen, darf nicht von Einzelwünschen abhängen. Hier direkt einzuknicken, und laut über Zahlen zu reden, die noch überhaupt nicht genau ausgehandelt sind, ist wieder so ein Beispiel für den Hang zum Klein-Klein und zum Populismus mit dem die vielen schwierigen Probleme der Stadt nicht zu lösen sind. So frag ich Sie, SIE die lieben Roten, wie soll das nur werden, wenn ihr Herr Richrath einmal Oberbürgermeister wäre? Stehen Sie, seine Fraktion dann genau so unverbindlich, halbherzig, opportunistisch und wachsw weich hinter ihm, wie Sie es jetzt bei wichtigen Entscheidungen zur Stadt praktizieren? Na, das könnte dann ja heiter werden!

Darauf haben wir wirklich keine Lust, wir wollen nach dem September bitte wie gehabt, in der bewährten Form auf eine sehr gute Zusammenarbeit aufbauen.

Zum Schluss noch ein paar Worte zur Flüchtlingsunterbringung in Manfort oder sonst wo. Dem Thema dürfen wir uns nicht verschließen. Mir hat gefallen, wie Sie Herr Oberbürgermeister, das Thema angehen. Sie sind offen für die Sache fordern jedoch alle relevanten Informationen die nötig sind, um eine gute Entscheidung fällen zu können. Bis alle diese Informationen zusammengetragen sind, sollte jede Vorabdiskussion unterbleiben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Markus Pott



## **Haushaltsrede zur Etat-Debatte 2015**

### **FDP-Ratsgruppe Leverkusen**

**9. Februar 2015**

**Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens, Ratsgruppensprecherin**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Rat, verehrte Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und der Presse!**

Das wichtigste wie immer gleich vorab: die FDP-Ratsgruppe wird - extrem zähneknirschend - dem Haushaltsentwurf 2015 zustimmen und ebenso der Fortschreibung des Haushaltsanierungsplanes bis 2021, allerdings hoffen wir sehr auf die Vernunft der Ratskolleginnen und Kollegen und damit auf die Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen!

Dies ist ein ernstgemeinter Appell!

Nach dem Selbstverständnis als Freie Demokraten hat die Selbstverwaltung unserer Kommune oberste Priorität. Es muss alles unternommen werden, damit die Einsetzung eines Sparkommissars vermieden werden kann.

Der Schock war darum groß, als Oberbürgermeister Buchhorn im Dezember den Haushaltsentwurf für 2015 und die Fortschreibung der Haushaltssanierung im Rat vorstellte. 65 Millionen € neue Schulden und ein immer enger kalkuliertes Sanierungskonzept bis 2018 bzw. 2021 – das sind die Rahmenbedingungen. Zwischenzeitlich sind wir durch aktualisierte Zahlen bei 75 Mio € angelangt. Jetzt rächt sich leider, dass die Sparbemühungen in unserer Stadt in den vergangenen 18 Monaten deutlich nachgelassen haben. Für die Einnahmever schlechterung wegen der eingebrochenen Gewerbesteuern können Stadt und Rat nichts. Nur sind insbesondere vor der Kommunalwahl 2014 von einigen Fraktionen nochmal die Spenderhosen angezogen worden, Kürzungen kamen – um Wählerinnen und Wähler nicht zu vergrätzen – nicht mehr in Frage. Jetzt nach der Wahl kommt wieder der Ruf nach Steuererhöhungen zur Finanzierung der Haushaltssanierung. Gleichzeitig soll das Eigenkapital gefährlich abgeschmolzen werden.

Insbesondere bei der Personalentwicklung in der Stadtverwaltung (derzeit verwenden wir 22% des Haushaltes für Personalkosten) lassen sich die Vertreter der beiden großen Fraktionen und des Minderheitsbündnisses von der Verwaltung täuschen. Heißt es nicht, man sollte nie die Frösche mit dem Trockenlegen des Sumpfes beauftragen? Sicherlich gehen in den kommenden Jahren viele Mitarbeiter in den Ruhestand. Sicher werden an vielen Stellen neue Leute gebraucht. Aber daraus darf nicht gefolgert werden, dass wir keine Stellen in der Kernverwaltung, sprich in der Bürokratie, mehr einsparen dürfen. Wir müssen Stellen und

Aufgaben im Einklang einsparen, sinnvoll schrumpfen, damit Ressourcen dort verfügbar sind, wo im direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern Aufgaben erledigt werden und gleichzeitig Finanzressourcen eingespart werden können. Wird außerdem zielgenau ausgebildet, wird die Personalentwicklungsstrategie aufgehen und der Generationenwechsel in der Verwaltung wird gelingen.

Und wo sollen wir sparen? Wir haben eine viel zu aufgeblähte Bürokratie und zu viele Leute an unterschiedlichen Stellen befassen sich mit den gleichen Themen. Wir möchten in den Fachbereichen Umwelt, Straßenverkehr und in der Bauverwaltung Aufgaben hinterfragen lassen. Ziel: 10% Personalkosteneinsparung in diesen Bereichen! Brauchen wir neue Stellen und Geräte für mehr innerörtliches Blitzen? Ist das Flächenmanagement der Friedhofsverwaltung noch zeitgemäß? Die Zusammenlegung der Werkstatt der Wupsi und der Werkstatt der TBL sind mehr als überfällig. Und wir sollten als Kommune endlich mal mutig sein und unseren Solidarbeitrag Deutsche Einheit nicht bezahlen, die mehr als 6 Mio. € statt dessen zur Haushaltskonsolidierung verwenden. Mal abwarten, wie das eingetrieben werden würde, denn einer nackten Kommune kann man ebenso wenig in die Tasche greifen wie einem nackten Mann! Wir müssen als Rat unseren Sparbeitrag leisten, deshalb sollen nach unseren Vorstellungen alle Fraktionen, Ratsgruppen und Einzelvertreter auf 10% ihrer Zuwendungen verzichten. (Die Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder dürfen wegen des Landesrechtes leider nicht gekürzt werden.) Und eins muss ganz klar sein, Stellen wie die zur Erarbeitung eines Leitbildes Baum (als Ersatz für die Baumschutzsatzung) sind Kür und keine Pflicht und dürfen mit unserer klammen Kasse nicht eingerichtet werden. Da sind uns (Schul)Sozialarbeiter, Sozialpädagogen und Grünpfleger sehr viel wichtiger und über allem steht das Hauptziel, die städtische Haushaltskonsolidierung.

Die FDP-Ratsgruppe fordert nachdrücklich, wieder dahin zurückzukehren, **sparsam zu handeln und trotzdem ein positives Lebensumfeld zu erhalten. Dazu bekennen wir Liberale uns ausdrücklich!!**

Und um den Sparkurs zukünftig abzusichern, ist aus FDP-Sicht die Einführung einer Schuldenbremse geboten! (ich erinnere an meine Ausführungen zum fehlenden Sparwillen einiger Parteien in unserer Stadt)

Ein Satz zum Abschluss: Der Haushaltsplanentwurf ist der Realität in einem Punkt voraus: er geht nur von 2 ehrenamtlichen Bürgermeistern (S. 89 HH-Entwurf) aus, neben mir sitzen jedoch 3 Vertreter!

Mit der Zustimmung zum Haushalt 2015 und zum fortgeschriebenen Haushaltssanierungsplan beweisen wir Liberale Verantwortungsbewusstsein für Leverkusen und seine Bürgerinnen und Bürger. Wir machen Leverkusen zukunftsfähig und erhalten die Handlungsfähigkeit der Stadt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

## **Rh. Markus Beisicht, Sprecher der Gruppe PRO NRW**

### **Ratssitzung 9. Februar 2015**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren:

Der amtierende Oberbürgermeister hat mit seinen Bündnispartnern im Jahre 2009 die Verantwortung für Leverkusen übernommen und wollte nach Jahren des Nothaushaltes den städtischen Haushalt umfassend konsolidieren.

Vorschnell wurde von den Mehrheitsfraktionen verkündet, dass man bereits im Jahre 2018 einen ausgeglichenen Haushalt ausweisen könne und im Jahr 2021 aus eigener Kraft ohne fremde Hilfen dauerhaft einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen könne.

Die Realität sieht leider ganz anders aus:

Leverkusen steht nach sechs Jahren Haushaltskonsolidierung á la Buchhorn bekanntlich vor dem finanzpolitischen Offenbarungseid.

Die Kommune ist nach wie vor überschuldet und auch kaum mehr zahlungsfähig. Das Eigenkapital der Stadt wird immer weniger und von einem ausgeglichenen Haushalt sind wir meilenweit entfernt.

Insbesondere das überdimensionierte Prestigeobjekt „Neue Bahnstadt Opladen“ verschlingt Millionensummen, die anderswo fehlen. Der amtierende Oberbürgermeister wollte bekanntlich bereits am 29. September 2014 einen Haushaltsentwurf vorlegen. An diesem Tag erlebte er sein persönliches Waterloo. Er durfte seinen Haushaltsentwurf schreddern, da in diesem Haushaltsentwurf mit völlig geschönten Zahlen und falschen Prognosen gearbeitet worden war. So waren u.a. die Gewerbesteureinnahmen dramatisch weggebrochen. Bei der Stadt wurde dies zunächst nicht bemerkt.

Im zweiten Anlauf wurde dann ein Haushaltsentwurf vorgelegt, über den wir heute entscheiden müssen.

Das Mehrheitsbündnis will und kann offensichtlich nicht sparen.

Einige Beispiele:

So leisten wir uns in Leverkusen trotz Finanzkrise zusätzlich ab 2014 einen dritten völlig überflüssigen Bürgermeister.

Auch der FDP-Vorschlag, die Fraktionszuwendungen moderat zu kürzen, wird vom Mehrheitsbündnis abgelehnt. Dabei wäre es ein gutes Zeichen gewesen, beim Sparen einmal bei sich selber anzufangen.

Auch verzichtete man anlässlich der Adomat-Wahl auf die Zusammenlegung von Dezernaten in der Stadt, wodurch man auch nicht unerhebliche Steuergelder hätte sparen können.

Man hätte natürlich das Dezernat von Schul-, Sport- und Kulturdezernent Marc Adomat auflösen können, wenn das Mehrheitsbündnis eine ernsthaften Willen zur Haushaltskonsolidierung gezeigt hätte.

Aber ans Eingemachte möchte man natürlich nicht gehen. Und einen verdienten Dezernenten mit dem richtigen Parteibuch darf auch nicht im Regen stengelassen werden. Stattdessen bittet man die Leverkusener Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zur Kasse und es wird massiv an der Gebühren- und Abgabenschraube gedreht. Parkgebühren, Grundsteuer A und B, Gebühren für den Besuch städtischer Einrichtungen, städtische Dienstleistungen, Müllgebühren, Hunde- und Gewerbesteuer. All dies hat sich exorbitant zu Lasten der Leverkusener Bürger dank der verfehlten Politik des Mehrheitsbündnisses verteuert.

Und sie wollen auch zukünftig fleißig und dreist an der Gebühren- und Abgabenschraube drehen.

Die Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen explodieren. Sie verwalten den Asylmissbrauch und sind nicht bereit, ihre gescheiterte Asylpolitik (Stichwort: Leverkusener Modell) zu überdenken. Hier muss der Leverkusener Steuerzahler letztendlich bluten. Weitere Millionensummen sind für die Alimentierung von Flüchtlingen zu stemmen und die etablierte Politik nimmt dies aus ideologischen Gründen als angeblich alternativlos hin.

Dann brechen noch die Gewerbesteuereinnahmen dramatisch ein. Und wie reagiert unser Oberbürgermeister hierauf?

Bis zur heutigen Ratssitzung sollte freiwillig auf die größte noch zusammenhängende Gewerbefläche in Leverkusen zugunsten einer Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber verzichtet werden. Statt Zukunftsindustrien sollte eine Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in Manfort auf der größten noch zusammenhängenden Gewerbefläche der Stadt errichtet werden.

Damit kann man sicherlich keinen städtischen Haushalt konsolidieren. Es wird sie daher sicher nicht verwundern, dass wir Ihren Haushaltsentwurf ablehnen.

Wir brauchen in Leverkusen primär eine Willkommenskultur für unternehmerisch Aktive. Diesen müssen ausreichend Flächen zur Verfügung gestellt werden und die Genehmigungsverfahren müssen besser koordiniert und insbesondere beschleunigt werden. Um den Standort Leverkusen für Unternehmen attraktiver zu machen, sollte die Gewerbesteuer gesenkt werden.

Zudem gilt es, die Bedingungen für die Ansiedlung von Unternehmen zu verbessern. Nur mit einer solchen Politik kann es gelingen, den finanzpolitischen Offenbarungseid der Stadt zu verhindern und die selbständige Handlungsfähigkeit Leverkusens dauerhaft sicherzustellen.

Die Mehrheitsfraktionen sind hierzu nicht bereit. Deshalb müssen wir den vorgelegten Haushaltsentwurf ablehnen.

Rede von Nicole Kumpfert zum Haushalt 2015 in der Ratssitzung vom 9. Februar 2015  
(es gilt das gesprochene Wort):

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Buchhorn,  
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,  
liebe Ratskolleginnen und Kollegen,  
liebe Bürgerinnen und Bürger,  
liebe Pressevertreterinnen und Vertreter,

heute – am 9. Februar 2015 – sind wir nun bereits zur 6. Ratssitzung des 18. Tagungsabschnitts  
zusammengekommen.

Die Kommunalwahl im Mai 2014, die zu einer Zersplitterung des Rates in Vertreterinnen und  
Vertreter aus elf verschiedenen politischen Parteien und Gruppierungen geführt hat, hinterließ  
zunächst einmal viele Fragezeichen in den Köpfen der Beteiligten.

Aufgrund der unklaren Mehrheitsverhältnisse musste ein anderer Weg des „Regierens“ gefunden  
werden, als es zuvor bei der breiten Mehrheit des Jamaika-Plus-Bündnisses, dem auch ich lange Zeit  
angehörte, nach außen hin der Fall war.

Die Wahlentscheidung der Leverkusenerinnen und Leverkusener stellte einen Anreiz für die  
zunehmende sachpolitische Auseinandersetzung mit Themen über Bündnis- und Fraktionsgrenzen  
dar.

1

An dieser Stelle geht mein Dank als Sprecherin der Ratsgruppe DIE LINKE. im Rat der Stadt  
Leverkusen ausdrücklich an die beiden größten Fraktionen im jetzigen Stadtrat – ohne die  
Dialogbereitschaft von CDU und SPD wäre es nicht nur uns LINKEN unmöglich gewesen, außerhalb  
der Arbeit im Rat mitzudiskutieren und durch das Entsenden sogenannter „sachkundiger  
Bürger“ auch stimmberechtigt in den großen Fachausschüssen des Rates vertreten zu sein, um dort  
auch LINKE Themen, für die wir angetreten und gewählt worden sind, platzieren zu können.

Bei aller Rivalität zwischen einzelnen Fraktionen und Gruppen – insbesondere auch hinsichtlich der  
Oberbürgermeisterwahl am 13. September diesen Jahres – begrüße ich es sehr, dass die Arbeit im  
Rat des 18. Tagungsabschnitts konkordanzdemokratische Ansätze hat, die ohne Zweifel noch weiter  
ausbaufähig sind.

Der Dialog untereinander, aber auch mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt Leverkusen  
muss weiter voran gebracht werden.

Wir alle haben den gleichen Auftrag: Zum Wohle unserer Stadt Leverkusen und ihren Bürgerinnen  
und Bürgern zu handeln.

Bei allen Anlaufschwierigkeiten und vor dem Hintergrund der schwierigen finanziellen Lage unserer  
Stadt Leverkusen – wenn wir am Haushaltssanierungsplan festhalten und bis 2018 eine schwarze  
Null schreiben wollen, haben wir kaum Handlungsspielräume; ganz im Gegenteil: Wir unterliegen  
sogar deutlichen (Ein-)Sparzwängen! – haben wir gemeinsam in kurzer Zeit schon einiges erreicht  
bzw. auf den Weg bringen können:

Der Ausbau der U3-Betreuung in Leverkusen verlief im Vergleich zu anderen Städten gut und somit konnte der Bedarf auch weitestgehend zu aller Zufriedenheit gedeckt werden. Die Versorgungsquote von 40 Prozent ist erfreulich.

Auch die Fortführung der Schulsozialarbeit und somit die Sicherung von Arbeitsplätzen konnte nicht zuletzt durch unsere LINKEN Stimmen sichergestellt werden.

Darüber hinaus bekommen wir in Leverkusen nun endlich auch eine dritte Schule, die längeres gemeinsames Lernen ermöglicht: Mit großer Freude habe ich dieser Tage die Anmeldezahlen für die neue Sekundarschule am Standort Neukronenberger Straße zur Kenntnis genommen. Diese haben bereits vor Ablauf der Anmeldefrist die Marke 75 erreicht.

Mein herzlicher Dank gilt hier besonders Marc Adomat und Carolin Maus stellvertretend für die Schulverwaltung für ihre unermüdliche Arbeit und alle durchgeführten Elterninformationen.

Ihre Arbeit wird nunmehr damit belohnt, dass zum Schuljahr 2015 / 16 die Sekundarschule – und hier ein Hinweis an alle Kritiker, diese könne zu einem „Auffangbecken“ für schwierige Kinder und Jugendliche mit Hauptschulempfehlung verkommen – mit einem gut und bunt gemischten Schülerpotential an den Start geht!

Mit den Ende 2014 verabschiedeten integrierten Handlungskonzepten für Hitdorf und Rheindorf, dem Stadtteilentwicklungskonzept Opladen sowie dem weiteren Vorankommen in der Neuen Bahnstadt Opladen und der damit verbundenen Gütergleisverlegung haben wir entscheidende Weichen für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt Leverkusen gestellt; wenngleich dies auch eine gute Überleitung zu den Knackpunkten in unserer Stadt ist, wo wir noch einige Entscheidungen zu treffen werden haben – und wo wir nicht zuletzt auch Ideen und Konzepte benötigen:

2

Die ÖPNV-Anbindung ist noch deutlich ausbaufähig – insbesondere müssen wir darauf hinwirken, dass mit dem geplanten RRX zügig eine Verbesserung für Pendlerinnen und Pendler ins Ruhrgebiet und zurück herbeigeführt wird. Die jetzige Taktung auf der Strecke ist unzureichend!

Auch in der City C sowie dem vom Großbrand gebeutelten Rialto Boulevard gilt es, im Dialog mit allen Beteiligten ein wirtschaftlich tragfähiges Konzept zu entwickeln.

An dieser Stelle möchte ich den Männern und Frauen der Berufsfeuerwehr Leverkusen, der freiwilligen Feuerwehren sowie der Werksfeuerwehren noch einmal herzlich danken: 2014 war für Sie ein arbeitsreiches Jahr – und 2015 hat direkt mit einem weiteren großen Brand auf der Kölner Straße in Opladen begonnen. Den verletzten Feuerwehrleuten weiterhin best- und schnellstmögliche Genesung!

Der massive Einbruch der Gewerbesteuer zeigt, dass es umso wichtiger ist, unsere Stadt Leverkusen auch für mittlere und große Unternehmen weiter zu attraktivieren – hier sind wir noch nicht ganz auf dem richtigen Weg und müssen uns gemeinsam Gedanken machen, wie wir vermehrt auch Unternehmensansiedlungen in unserer Stadt fördern können.

Natürlich stellt uns hier auch die teilweise hausgemachte Verkehrsproblematik in und rund um Leverkusen vor Probleme – die notwendige Sperrung der A1-Brücke für LKW über 3,5 Tonnen trägt darüber hinaus auch nicht gerade zur Problemlösung bei.

Wir alle – Verwaltung, Politik, Bürgerinnen und Bürger sowie die Presse – müssen uns dafür stark machen, dass Leverkusen verkehrstechnisch entlastet wird: Statt Megastelze lassen Sie uns weiterhin gemeinsam für eine Tunnellösung kämpfen!

Nun möchte ich vom Verkehr noch einmal einen Bogen zurück zum Thema Schule spannen: Auch hier stellt uns die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vor eine große Herausforderung.

Wir LINKE begrüßen es sehr, dass Eltern nunmehr ein wirkliches Wahlrecht für ihre Kinder haben – für Kinder, die anders und besonders sind.

Allerdings bedarf eine vernünftige Umsetzung der Inklusion auf ALLEN Ebenen mehr und vor allem auch speziell geschultes Personal!

Darüber hinaus müssen die Barrieren nicht nur wortwörtlich in den Gebäuden abgebaut werden, sondern allem voran in den Köpfen!

Dies wiederum bringt mich abschließend zu einem Thema, das uns angesichts der weltpolitischen Lage noch lange Zeit beschäftigen, vielleicht auch umtreiben wird:

Die Situation von Geflüchteten, die Zuflucht in unserer Stadt Leverkusen suchen.

Zwar ist es uns bisher äußerst erfolgreich gelungen, mit der Umsetzung des Leverkusener Modells, das weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt ist, eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen für Geflüchtete zu ermöglichen.

3

Mit der immer weiter steigenden Zahl an Zufluchtsuchenden jedoch stoßen wir hiermit nunmehr an Grenzen.

Eine dauerhafte Unterbringung von Geflüchteten in zentralen Sammelunterkünften, schlimmstenfalls am Stadt- oder Stadtteilrand wie beispielsweise an der Sandstraße in Opladen, kann und darf nicht unser Ziel sein!

Wir müssen die Menschen, die in unsere Stadt kommen, integrieren – und nicht ausgrenzen!

In diesem Sinne: Lassen Sie uns weiterhin gemeinsam sachorientierte Arbeit FÜR UNSERE STADT LEVERKUSEN, FÜR die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Zufluchtsuchende in unserer Stadt Leverkusen leisten.

Ich selbst kann sagen, dass ich auch und gerade in diesen schwierigen Zeiten glücklich darüber bin, ein Teil davon zu sein – ein Teil, der mit LINKER Politik auch den sozialen Aspekt von Entscheidungen im Fokus behält.

Lassen Sie uns MIT ALLEN GEMEINSAM an einem Strang und dabei vor allem auch in eine RICHTUNG ziehen!

Damit Leverkusen lebens- und liebenswert wird und bleibt!

## **Haushaltsrede Gruppe Soziale Gerechtigkeit Leverkusen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

Sie Herr Oberbürgermeister als auch unser Kämmerer Herr Stein haben in ihrer Haushaltsrede am 1. Dezember des vergangenen Jahres die schwierige finanzielle Lage für 2015 der Stadt Leverkusen eindeutig aufgezeigt.

Die Gewerbesteuer ist letztes Jahr dramatisch eingebrochen. Mit unter 30 Millionen Euro Gewerbesteuereinnahmen ist sogar ein Allzeittief erreicht worden.

Durch diese wesentlich geringeren Steuereinnahmen haben sich nun auch die Kassenkredite der Stadt wieder stark erhöht.

Ob die Gewerbesteuereinnahmen in diesem Jahr, wie erhofft, wieder spürbar steigen werden, ist unserer Meinung nach unsicher und im Haushalt allzu optimistisch veranschlagt worden.

Die schwierige Verkehrssituation in Leverkusen durch den geplanten Brückenneubau und die Erweiterung der A3, sowie die Konkurrenz zu den Nachbarstädten wie z. B. Monheim oder Langenfeld mit wesentlich attraktiveren Gewerbesteuersätzen, lässt nur hoffen, dass die optimistischen Prognosen des Kämmerers Herr Stein bzgl. der Gewerbesteuereinnahmen für die kommenden Jahre auch wirklich eingenommen werden können.

Hinzu kommen die steigenden Ausgaben für soziale Transferleistungen.

An der Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit, nicht nur in Leverkusen, können wir feststellen, dass die seit 2005 bestehenden Hartz IV-Gesetze diesbezüglich gescheitert sind. Mehrere Studien des Deutschen Gewerkschaftsbundes in den letzten Jahren belegen dies ganz eindeutig.

Seit Jahren sind ca. 16000 Leverkusener Bürger auf SGB II-Leistungen angewiesen mit steigender Tendenz. Dies betrifft immerhin rund 10 % der Bevölkerung in unserer Stadt. Durch ständig steigende Kosten für Unterkunft ergeben sich auch hier höhere Ausgaben innerhalb der Kommune.

Die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ist ein wichtiges Thema für jede Stadt. Dies darf allerdings nicht zu einer Bekämpfung der Arbeitslosen führen, beispielsweise durch Kürzung des Existenzminimums, mit dem Ziel hier Kosten zu Lasten der Betroffenen einzusparen.

Auch die Kosten für die weiteren Sozialleistungen, wie die Hilfe zur Pflege, Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen und Tagespflege und die sonstigen Kinder- Jugend- und Familienhilfen steigen weiter an.

Durch steigende Flüchtlingszahlen werden sicher zukünftig weitere Kosten auf die Stadt zukommen, da die geplante Erstaufnahmeeinrichtung für ca. 800 Flüchtlinge in Leverkusen (Stand heute) ja auf Eis liegt und auch laut Innenministerium NRW so nicht geplant ist.

Diese Bilanz klingt zunächst einmal für die Stadt Leverkusen sehr negativ, dennoch muss man auch sehen, dass viele dieser Faktoren ihre Ursache in den höheren Ebenen - so in der Landes-, Bundes- und Europapolitik haben. Leider müssen die Kommunen oft genug die Politik dieser höheren Ebenen umsetzen, ohne oft eine volle Kostenerstattung von diesen Ebenen zu erhalten.

Positiv haben wir jedoch zur Kenntnis genommen, dass Herr Kämmerer Stein zukünftig keinen Kahlschlag in den sozial- jugend- und alters- politischen Handlungsfeldern anstrebt.

Auch soll es keinen weiteren Personalabbau oder betriebsbedingte Kündigungen geben. Dies würde unserer Meinung nach ja sonst auch nur zu einer weiteren Belastung der Sozialkassen führen.

Positiv sei auch zu erwähnen, dass weiterhin z.B. in die Kitas in den Stadtteilen Rheindorf und Alkenrath investiert werden soll und der Mensaneubau in der Neucronenberger Str. realisiert werden soll.

Auch sind neue Investitionen z.B. in den ZOB Opladen und den Busbahnhof Wiesdorf angekündigt worden.

Die Stadt soll also im Bereich neue Investitionen nicht kaputtgespart werden. Dies sehen wir ausgesprochen positiv.

Des Weiteren meinen wir: Jeder Euro in soziale Projekte ist ein Euro in die Zukunft der Leverkusener Bürger und besonders in die Zukunft der sozial Benachteiligten.

Trotz hoher Verschuldung und leerer Kassen brauchen wir wieder mehr soziale Gerechtigkeit im gesamten Land und sicherlich auch hier in Leverkusen.

Bei der Abwägung aller negativen und positiven Sachverhalte des Haushalts 2015 haben wir uns als Gruppe Soziale Gerechtigkeit jedoch dazu entschlossen, dass wir diesem Haushalt so nicht zustimmen und werden uns bei der Abstimmung enthalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.